Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

Bundesamt für Justiz
Direktionsbereich Strafrecht
Bundesrain 20
3003 Bern

13. März 2018

Vernehmlassung zur Änderung der Strafprozessordnung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir nehmen Bezug auf Ihr Schreiben vom 1. Dezember 2017 in oben genannter Angelegenheit, danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns dazu gerne wie folgt:

A. Grundsätzliches

Wir begrüssen die mit der vorliegenden Teil-Revision verfolgten Ziele. Sieben Jahre nach Inkrafttreten der StPO erscheint uns eine Prüfung von deren Praxistauglichkeit sinnvoll und angezeigt. Wir teilen die Ansicht des Bundesrates, dass Bestimmungen, welche in der Praxis zu Schwierigkeiten oder ungewollten Ergebnissen geführt haben, zu revidieren sind. Änderungen sollten jedoch nicht ohne ein dringendes Bedürfnis aus der Praxis vorgenommen werden und möglichst nicht zu Mehrkosten für die Kantone führen. Wie sich aus den nachfolgenden Ausführungen ergibt, können wir den vorgeschlagenen Änderungen nur teilweise zustimmen. In einigen wesentlichen Punkten lehnen wir die Vorschläge ab.

Mit der Änderung der StPO wird vorgeschlagen, die Ausnahmen vom Grundsatz der "doppelten Instanz" aufzuheben. Dies würde zu Verfahrensverlängerungen und Mehraufwand für die Kantone führen und wird deshalb abgelehnt. Bei der Einführung der StPO wurden bewusst Ausnahmen vom Grundsatz der "doppelten Instanz" vorgesehen. Die Ausnahmen dienen der Verfahrensbeschleunigung und haben sich in der Praxis bewährt. Sie sollten deshalb belassen werden.

Wir begrüssen die neue Möglichkeit, auch während des Vorverfahrens Einvernahmen technisch aufzuzeichnen. Um den Effizienzgewinn nicht von vornherein zu Nichte zu machen, sollte jedoch vorgesehen werden, dass die nachträgliche Erstellung eines Protokolls gestützt auf die Aufzeichnungen nur in Ausnahmefällen erforderlich ist. In der Regel ist ein Protokoll nicht nötig und es genügt die Verschriftlichung der aufgezeichneten Kernaussagen. Ein Obligatorium zur technischen Aufzeichnung würde aufgrund der Kostenfolgen entschieden abgelehnt.

Die Vorverschiebung des Zeitpunktes zur Bezifferung und Begründung der Zivilklage erachten wir als sinnvoll. Nicht einverstanden sind wir mit der vorgeschlagenen Regelung zur Einsetzung der amtlichen Anwälte. Mit Art. 133 VE-StPO wird in die Organisationsautonomie der Kantone eingegriffen, obschon die heutige Regelung zu keinen Problemen geführt hat. Insbesondere im Pikett müssen Anwälte rasch ausgewählt und eingesetzt werden können, weil ansonsten Beweisverluste drohen oder Fristen nicht eingehalten werden können. Eine Organisation innerhalb der Staatsanwaltschaften ist daher am zweckmässigsten. Ferner wurde im Kanton Solothurn eine Lösung eingeführt, gemäss welcher die amtlichen Verteidigungen in der Regel nach einem vom Solothurnischen Anwaltsverband organisierten Pikett eingesetzt werden, in begründeten Ausnahmefällen jedoch von der Verfahrensleitung. Diese differenzierte und kostenneutrale Lösung könnte nach dem aktuellen Vorschlag nicht weitergeführt und müsste durch eine teure Variante abgelöst werden. Die vorgeschlagene Änderung lehnen wir deshalb ab.

Wir stimmen zu, dass die Regelung der Teilnahmerechte von beschuldigten Personen in der Praxis zu Problemen führt. Eine Einschränkung der Teilnahmerechte ist dringend notwendig und dient der Wahrheitssuche. Der aktuelle Gesetzesvorschlag geht jedoch eine ganze Reihe von Problemen nicht an und könnte für die Wahrheitssuche sogar einen Schritt zurück bedeuten. Wir beantragen, die Teilnahmerechte gemäss der EMRK auszugestalten in dem Sinne, dass jedermann, der in einem Strafverfahren beschuldigt wird, das Recht hat, mindestens einmal während des Verfahrens mit Belastungszeugen konfrontiert zu werden und Fragen zu stellen.

Wir befürworten die Lockerung des Haftgrundes der Wiederholungsgefahr. Begrüssenswert ist ebenso die Beschwerdelegitimation der Staatsanwaltschaft gegen Entscheide des Zwangsmassnahmengerichts. Zu überdenken ist hingegen die Einschränkung des Anwendungsbereichs des Strafbefehlsverfahrens. Von solchen Einschränkungen ist abzusehen.

Die vorgesehene Regelung, dass unter gewissen Voraussetzungen Zivilansprüche im Strafbefehlsverfahren beurteilt werden können, wird begrüsst, da sie im Interesse der Geschädigten liegt und der Effizienz der Justiz dient. Abzulehnen ist hingegen die Einvernahmeverpflichtung ab einer gewissen Strafgrenze, da sie in vielen Fällen zu einer unnötigen Verlängerung des Verfahrens und zu Mehraufwand führt. Auch die Aufhebung der Rückzugsfiktion bei Nichterscheinen der einsprechenden Person zur Einvernahme respektive zur Hauptverhandlung ist abzulehnen, da sie zu Verfahrensverzögerungen sowie Mehrkosten führt. Der Schutz der Beschuldigten kann in genügender Weise durch Wiederherstellung der Frist in berechtigten Fällen erreicht werden. Schliesslich erachten wir die vorgesehene Kompetenzerweiterung im Bereich der Sicherheitshaft bei nachträglichen Verfahren als sinnvoll. Die Kompetenz für den Entscheid über die Anordnung von Sicherheitshaft sollte jedoch bei der Verfahrensleitung des für den nachträglichen Entscheid zuständigen Gerichts angesiedelt werden.

Wir weisen darauf hin, dass für Anpassungen im kantonalen Recht und organisatorische Änderungen eine genügend lange Übergangsfrist vorzusehen ist (mindestens 18 Monate seit Verabschiedung der Änderungen in der Schlussabstimmung von National- und Ständerat). Neben Ausführungen zu den Vorschlägen des Bundesrates erlauben wir uns, Anregungen zu weiteren Bestimmungen zu machen, welche unseres Erachtens ebenfalls im Rahmen dieser Teilrevision berücksichtigt werden sollten.

B. Bemerkungen zu einzelnen Bestimmungen

Art. 78 und Art. 78a StPO

Wir begrüssen die neue Möglichkeit, auch während des Vorverfahrens Einvernahmen technisch aufzuzeichnen, unter gleichzeitiger Befreiung von einer fortlaufenden Protokollierungspflicht. Um den Effizienzgewinn nicht von vornherein zu Nichte zu machen oder den Administrationsaufwand sogar zu erhöhen, sollte vorgesehen werden, dass die nachträgliche Erstellung eines

Protokolls gestützt auf die Aufzeichnungen nur in Ausnahmefällen erforderlich ist. In der Regel ist ein Protokoll nicht nötig und es genügt die Verschriftlichung der aufgezeichneten Kernaussagen. Ein Obligatorium zur technischen Aufzeichnung würde aufgrund der Kostenfolgen entschieden abgelehnt.

Art. 88 Abs. 4 StPO

Die Aufhebung der Regelung, wonach Strafbefehle auch ohne Veröffentlichung als zugestellt gelten, wird befürwortet. Werden Strafbefehle rechtskräftig, haben sie die Wirkung eines Urteils. Eine Unterscheidung bei der Zustellung von Strafbefehlen und Urteilen ist deshalb nicht gerechtfertigt, zumal mit einem Strafbefehl Freiheitsstrafen bis zu 6 Monaten ausgesprochen werden können.

Art. 117 Abs. 1 lit. g StPO

Die unentgeltliche Zustellung der bezeichneten Auszüge des Urteils auf Verlangen ist geboten. Dasselbe sollte auch für Strafbefehle gelten.

Anregung zu Art. 118^{bis} StPO

In grossen Wirtschaftsstraffällen können sich regelmässig mehrere hundert oder über tausend Geschädigte, vielfach mit Wohnsitz im Ausland, als Privatkläger konstituieren (z.B. Fall Behring). Dies stellt die Strafverfolgungsbehörden und die Gerichte vor Bearbeitungsprobleme. Der Umgang mit den Privatklägern und insbesondere die Gewährung ihrer Verfahrensrechte (in jedem Verfahrensstadium) bedeuten einen erheblichen Arbeitsaufwand. Dieser steht unseres Erachtens nicht immer in einem vernünftigen Verhältnis zur Ausübung der Verfahrensrechte, zumal es zu starken Verzögerungen des Verfahrens kommt, was letztlich einen Nachteil für alle Verfahrensbeteiligten darstellen kann. Obwohl sich in aller Regel nur die wenigsten Privatkläger über den finanziellen Anspruch hinaus am Strafverfahren beteiligen wollen, sind sie grundsätzlich alle gleichermassen zu bedienen. Die Geltendmachung der Rechte durch einen Privatkläger sollte unseres Erachtens an bestimmte Anforderungen geknüpft werden, beispielsweise die Nennung eines Schweizer Zustelldomizils bei einem im Ausland wohnhaften Privatkläger. Bei einer Vielzahl von Privatklägern sollten sie zur Wahrnehmung ihrer Rechte über einen gemeinsamen Vertreter verpflichtet werden.

Art. 123 Abs. 2 StPO

Die Vorverschiebung des Zeitpunktes zur Bezifferung und Begründung der Zivilklage erachten wir als sinnvoll.

Art. 126 Abs. 2 StPO

Die vorgesehene Regelung liegt im Interesse der Parteien und dient der Prozessökonomie, sie wird begrüsst. Als Korrelat zur weit gefassten Strafbefehlskompetenz ist die Prüfung der Zivilansprüche im Strafbefehlsverfahren unseres Erachtens folgerichtig, ansonsten lässt sich kein austariertes Gleichgewicht zwischen Beschuldigten- und Geschädigtenrechten erzielen.

Art. 130 lit. d StPO

Die notwendige Verteidigung ausschliesslich wegen des persönlichen Auftritts der Staatsanwaltschaft vor dem Zwangsmassnahmengericht wäre ein unnötiger Kostentreiber, den in erster Linie die beschuldigten Personen und in zweiter Linie die Kantone zu finanzieren hätten. Sie ist abzulehnen.

Art. 131 Abs. 2 und 3 StPO

Die Unklarheit zwischen den Gesetzestexten in Art. 131 Abs. 3 StPO sollte zugunsten der bisherigen deutschen und italienischen Gesetzestexte und damit zugunsten einer relativen Unverwertbarkeit (Art. 141 Abs. 2 StPO) aufgelöst werden. Es sollte weiterhin eine Güterabwägung erfolgen und keine automatische Ungültigkeit eintreten. Die vorgeschlagene Änderung ist entschieden abzulehnen.

Art. 133 StPO

Mit Art. 133 StPO wird in die Organisationsautonomie der Kantone eingegriffen, obschon die heutige Regelung zu keinen Problemen geführt hat. Insbesondere im Pikett müssen Anwälte rasch ausgewählt und eingesetzt werden können, weil ansonsten Beweisverluste drohen oder Fristen nicht eingehalten werden können. Eine Organisation innerhalb der Staatsanwaltschaften ist daher am zweckmässigsten. Zudem ist daran zu erinnern, dass gegen die Einsetzungsverfügungen jederzeit Beschwerde erhoben werden kann. Wir regen daher an, es bei der bisherigen Regelung zu belassen. Ferner wurde im Kanton Solothurn eine Lösung eingeführt, gemäss welcher die amtlichen Verteidigungen in der Regel nach einem vom Solothurnischen Anwaltsverband organisierten Pikett eingesetzt werden, in begründeten Ausnahmefällen jedoch von der Verfahrensleitung. Diese differenzierte und kostenneutrale Lösung könnte nach dem aktuellen Vorschlag nicht weitergeführt und müsste durch eine teure Variante abgelöst werden. Der vorgeschlagene Art. 133 StPO ist deshalb abzulehnen.

Art. 135 StPO

Auch die Ergänzung von Art. 135 Abs. 1 StPO ist zu streichen. Im Gegensatz zur gewählten Verteidigung trägt die amtliche Verteidigung kein Inkassorisiko. Sie kann davon ausgehen, dass alle ihre Bemühungen sicher entschädigt werden. Es entsteht ein Rechtsverhältnis mit dem Staat, dessen Abgeltung in den jeweiligen Tarifordnungen festgelegt wird. Es drängt sich somit nicht ein Vergleich mit den Wahlverteidigungen, sondern viel eher mit den Staatsanwältinnen und Staatsanwälten auf. Warum die Höhe der Entschädigung vom Ausgang des Verfahrens abhängig gemacht werden soll, kann daher nicht nachvollzogen werden. Hinzu kommt, dass die Staatsanwaltschaft aufgrund des Grundsatzes "in dubio pro duriore" verpflichtet ist, auch Fälle anzuklagen, die mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit zu einem Freispruch führen oder aufgrund des fehlenden Vorabklärungsverfahrens frühzeitig Verfahren eröffnen muss, die dann wieder einzustellen sind. Die Staatsanwaltschaft muss somit tätig werden, auch wenn sie weiss oder davon ausgeht, dass sie mutmasslich "unterliegt". Demgegenüber sind die geltenden Regelungen der Strafprozessordnung und der dazugehörigen Rechtsprechung derart, dass die amtlichen Verteidigungen sehr frühzeitig und in zahlreichen Verfahren involviert sind und ihnen damit insgesamt auch Gewähr für eine verlässliche Einnahmequelle geboten wird. Davon zeugt auch der Anstieg der entsprechenden kantonalen Kosten seit Einführung der Schweizerischen Strafprozessordnung.

Die in Art. 135 Abs. 3 StPO vorgesehene Vereinheitlichung des Rechtsmittelweges erachten wir als sinnvoll. Hingegen sollte Art. 135 Abs. 4 lit. b nicht aufgehoben werden. Zwar verzichtet in der Praxis ein grosser Teil der Anwaltschaft zufolge Uneinbringlichkeit auf die Geltendmachung der Differenz zum vollen Honorar, doch sollte diese Möglichkeit nicht zum Vorneherein durch das Gesetz verwehrt werden. Im Kanton Solothurn hat sich auch eine Praxis entwickelt, mit der die Differenz zum vollen Honorar bestimmbar ist. So können die Anwälte die Honorarvereinbarung mit dem vereinbarten Stundenansatz beim Gericht einreichen. Der Stundenansatz wird dann (unter Vorbehalt der Angemessenheit) beim Festsetzen der Differenz berücksichtigt.

Art. 136 Abs. 1^{bis}

Es wird begrüsst, dass die Möglichkeit der unentgeltlichen Rechtspflege auch für Opfer vorgesehen wird, welche sich nur als Strafkkläger beteiligen. Die Bestimmung sollte jedoch gleich in

Absatz 1 und 2 integriert werden. Bei einem separaten Absatz 1^{bis} besteht die Gefahr, dass Unklarheiten und Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen den Absätzen entstehen.

Art. 147 und Art. 147a StPO

Die Teilnahmerechte in ihrer aktuellen Ausgestaltung führen zu einer Verteuerung und einer Verlängerung des Verfahrens. Problematischer als die finanziellen Auswirkungen sind jedoch die Auswirkungen auf die Wahrheitsfindung, was im Folgenden kurz darzustellen ist:

Durch das mit der Strafprozessordnung gewählte Staatsanwaltschaftsmodell und insbesondere aufgrund von Art. 307 und 309 StPO ist die Staatsanwaltschaft sehr früh in zahlreiche Strafverfahren involviert. So hat die Polizei gemäss Art. 307 StPO die Staatsanwaltschaft unverzüglich über schwere Straftaten und andere schwerwiegende Ereignisse zu informieren und die Staatsanwaltschaft hat gemäss Art. 309 Abs. 1 lit. c StPO eine Untersuchung zu eröffnen, wenn sie im Sinne von Art. 307 StPO durch die Polizei informiert worden ist. Da diese Information "unverzüglich" zu erfolgen hat, steht der massgebliche Sachverhalt zu diesem Zeitpunkt noch nicht fest. Die genauen Tatumstände, die Tatbeteiligungen bei mehreren Tätern, die Motivlage und subjektive Elemente müssen somit erst ermittelt werden. Ein wichtiges Instrument zur Klärung des Sachverhalts stellen dabei Einvernahmen dar. Diese werden miteinander und mit allfällig vorhandenen Sachbeweisen oder weiteren Indizien abgeglichen und allfällige Widersprüche werden geklärt. Dabei ist ein Strafverfahren äusserst dynamisch. Je nach Entwicklung stellt sich der Sachverhalt immer wieder anders dar oder es zeigen sich im Verlaufe des Verfahrens weitere Aspekte, die zu Beginn des Verfahrens nicht bekannt gewesen waren. Um herauszufinden, was wirklich passiert ist, sind die Staatsanwaltschaften in einer ersten Phase darauf angewiesen, Aussagen unbeeinflusst erhalten zu können. Sie müssen mehrere Personen zur gleichen Sache befragen können, bevor sich diese haben absprechen können oder auf andere Weise Kenntnis von den Aussagen der anderen Beteiligten erhalten. Aus allfälligen Abweichungen ergeben sich dann Anhaltspunkte dafür, ob jemand die Wahrheit sagt oder nicht. Umgekehrt kann aber auch davon ausgegangen werden, dass man sehr nahe an der Wahrheit dran ist, wenn mehrere Personen dasselbe aussagen, ohne dass sie sich zuvor haben absprechen können oder auf andere Weise Kenntnis von allfälligen anderen Aussagen erhalten haben. Wichtig für die Ermittlung der materiellen Wahrheit kann aber auch ein Wissensvorsprung sein. Vielleicht nennt zum Beispiel der eine Mittäter eines Raubüberfalls ein wichtiges Detail, das zu weiteren Beweismitteln führt. Gerade wenn sich Personen nicht in Untersuchungshaft befinden, brauchen die Strafverfolgungsbehörden Zeit, um solche Beweismittel zu sichern, bevor sie anderen Mittätern zur Kenntnis gelangen. Insbesondere schwere Straftaten werden zudem oft nicht von Einzeltätern begangen. Bis man weiss, wer in welcher Hierarchiestufe gehandelt hat bzw. wer welchen Tatbeitrag geleistet hat, müssen oftmals zahlreiche Sach- und Personalbeweise erhoben werden. Es ist sicherlich gut vorstellbar, dass ein Mittäter unterer Hierarchiestufe kaum dazu bereit ist, in Anwesenheit seines "Vorgesetzten" irgendwelche Aussagen zu machen.

Aus all diesen Gründen sollten daher Aussagen – zumindest in den ersten Phasen der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen bzw. solange es überhaupt um die Sachverhaltsermittlung geht – ohne Teilnahmerechte und vor allem auch zeitnah erhoben werden können, wenn sie dem Ziel der Wahrheitsfindung auch wirklich dienen sollen.

Die Strafprozessordnung geht mit den Teilnahmerechten weiter, als dies gemäss dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zur Sicherstellung eines fairen Verfahrens gewährleistet werden müsste und die Schweiz steht mit dieser Lösung international ziemlich isoliert da. Selbstverständlich muss das Frage- und Konfrontationsrecht der beschuldigten Person unverändert erhalten bleiben, doch soll es zeitlich etwas nach hinten versetzt werden. Unverändert soll auch das Recht der beschuldigten Person bleiben, bereits von der ersten Einvernahme an einen Anwalt beiziehen zu können.

Die aktuell vorgeschlagene Lösung bietet aus unserer Sicht lediglich eine punktuelle Verbesserung: Das Teilnahmerecht von beschuldigten Personen soll im Grundsatz unverändert beibehalten werden, neu soll aber eine Einschränkung des Teilnahmerechts dann möglich sein, wenn zu befürchten ist, dass die beschuldigte Person ihre Aussagen an diejenigen einer einzuvernehmenden Person anpassen wird. Diese Lösung ist nur dann praktikabel, wenn davon ausgegangen wird, dass die Gefahr der Anpassung der eigenen Aussagen namentlich in der Anfangsphase der Untersuchung immer besteht, weil man im Vorfeld einer Einvernahme deren Inhalte ja noch nicht kennt. Für die Praxis unbrauchbar wäre diese Lösung indessen, wenn die Staatsanwaltschaft die Gefahr der Aussagenanpassung für jeden Einzelfall konkret beweisen müsste. Bei der vorgeschlagenen Lösung handelt es sich um den Versuch, eine scheinbare Zwischenlösung zu schaffen, welche den Anwendungsbereich jedoch zu wenig klar umschreibt und daher in der Praxis ständig zu unterschiedlichen Auffassungen und Rechtsstreitigkeiten führen dürfte.

Es stellen sich im Übrigen eine Reihe von problematischen Aspekten, von welchen hier nur ein paar aufgezählt werden können. Nicht nur bei der beschuldigten Person ist zu verhindern, dass sie ihre Aussagen anpasst, dies gilt auch für die Privatklägerschaft. Dabei geht es beiderseits nicht nur um eine bewusste Anpassung der Aussagen, sondern es besteht die grosse Gefahr, dass die Parteien dem extrem grossen Suggestionseffekt erliegen, den die Aussage einer anderen Person darauf hat, wie die Parteien selber ihr Erlebnis erinnern. Insbesondere die Erinnerung an für die Glaubhaftigkeitsbewertung zentrale Aussagedetails kann dadurch verändert werden, was eine massive Entwertung der Aussagen bewirken kann. Verhindert werden muss zudem nicht nur die Möglichkeit zur Aussagenanpassung, sondern beispielsweise auch diejenige der Einschüchterung von Zeugen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass bei der ersten Befragung eines Zeugen noch gar nicht bekannt sein kann, ob eine Situation besteht, in welcher allenfalls sogar Zeugenschutzmassnahmen geprüft werden müssten. Weiter trägt der aktuelle Vorschlag dem Umstand keinerlei Rechnung, dass Einvernahmen zum Teil auch in Prozessphasen erhoben werden müssen, in welchen die Untersuchung zwar eröffnet ist (z.B., weil geheime Überwachungsmaßnahmen angeordnet wurden), die beschuldigten Personen jedoch noch nichts davon wissen und auch nichts wissen dürfen, wenn der Erfolg der Ermittlung nicht vereitelt werden soll.

Die in Art. 147a StPO vorgeschlagene gesetzliche Regelung birgt sogar die Gefahr, dass die Wahrheitssuche im Vergleich zur aktuellen Praxis noch stärker eingeschränkt würde. Soweit die bundesgerichtliche Rechtsprechung die Beschränkung der Parteiöffentlichkeit in Anlehnung an die Beschränkung des Akteneinsichtsrechts für eine gewisse Zeit zulässt, knüpft sie diese an das Vorliegen von "sachlichen Gründen für die Beschränkung der Parteiöffentlichkeit" (vgl. BGE 139 IV 25, E. 5.5.4.1). Diese sachlichen Gründe umfassen nicht nur die Gefahr der Anpassung von Aussagen im Sinne von Art. 147a StPO. Dies zeigt, dass der aktuelle Gesetzesvorschlag nicht nur eine ganze Reihe von Problemen nicht angeht, sondern für die Wahrheitssuche sogar einen Schritt zurück bedeuten könnte.

Des Weiteren vermag die Begründung im Begleitbericht für die grundsätzliche Beibehaltung des Teilnahmerechts, nämlich, dass dieses Ausdruck des angestrebten "Gleichgewichts" der Parteien sei, nicht zu überzeugen. Die Staatsanwaltschaft ist im Vorverfahren gerade nicht Partei, sondern hat einen übergeordneten Auftrag zu erfüllen. Die Verteidigungsrechte und das faire Verfahren werden dabei bereits umfassend durch die Mitwirkungsrechte an den Beweiserhebungen, die ausgedehnten Beschwerderechte und durch den Anwalt der ersten Stunde gewährleistet. Das Argument, mit der umfassenden Ausgestaltung der Teilnahmerechte würde kompensiert, dass die Staatsanwaltschaft die Kompetenz zum Erlass von Strafbefehlen habe, geht ins Leere. Denn in den grossen Verfahren (z.B. Tötungsdelikte, bandenmässige Vermögensdelinquenz, organisierte Kriminalität), in welchen die Staatsanwaltschaft von Anfang an die Führung des Verfahrens übernimmt, kommt das Strafbefehlsverfahren gerade nicht zur Anwendung. Und gleichzeitig spielen in den relativen Bagatellsachen, welche regelmässig Gegenstand des Strafbefehlsverfahrens sind, die Teilnahmerechte weitgehend keine störende Rolle, weil die

fraglichen Delikte in erster Linie im polizeilichen Ermittlungsverfahren aufgeklärt werden können.

Seit das Bundesgericht das Teilnahmerecht auch auf Mitbeschuldigte ausgedehnt hat (aus dem Gesetzeswortlaut wäre auf ein solches an sich noch nicht zwingend zu erkennen gewesen, was auch aus damaligen Entscheiden von kantonalen Beschwerdeinstanzen hervorging), gab es in der Folge zahlreiche Entscheidungen, welche diesen Grundsatz wieder zu relativieren suchten (bei Trennung des Verfahrens, unmittelbar nach der Tat bei Vorliegen von Kollusion u.a.m.). Diese Rechtsprechung hat zu einer allgemeinen Rechtsunsicherheit und zu zahlreichen Beschwerdeverfahren geführt, welche die Strafbehörden auf allen Ebenen beanspruchen und belasten sowie die Verfahren verlängern und verteuern. Eine klare und einfache gesetzliche Regelung wäre dringend nötig. Mit der gesetzlichen Normierung des EMRK-Standards wäre allen gedient. Der EMRK-Standard wurde durch eine intensive, um einen Ausgleich zwischen den teilweise divergierenden Interessen der Wahrheitsfindung und der Partizipation der Parteien bemühende Rechtsprechung des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes entwickelt. Dieser Standard hat sich durchgesetzt und er ist praktikabel.

Wir beantragen daher, die Teilnahmerechte an Einvernahmen, insbesondere bei mitbeschuldigten Personen, gemäss der EMRK und der dazugehörigen Rechtsprechung auszugestalten in dem Sinne, dass jedermann, der in einem Strafverfahren beschuldigt wird, das Recht hat, mindestens einmal während des Verfahrens mit Belastungszeugen konfrontiert zu werden und Fragen zu stellen. Art. 147 Abs. 1 StPO wäre entsprechend abzuändern, Art. 147 Abs. 2 und 3 StPO wären aufzuheben.

Auch der Vorschlag gemäss Art. 147a Abs. 3 StPO, wonach nicht parteiöffentliche Aufnahmen unter Vorbehalt eines ausdrücklichen Verzichts zwingend auf Video aufgezeichnet werden müssten, lehnen wir ab. Ein Zwang zur Videoaufzeichnung geht indessen zu weit. Für manche Befragungen, beispielsweise die Befragung zu buchhalterischen Vorgängen im Bereich der Wirtschaftskriminalität, eignet sich eine Videoaufzeichnung kaum. Auch muss beispielsweise berücksichtigt werden, dass es für Zeuginnen und Zeugen einen enormen Eingriff bedeuten kann, wenn ihre Zeugenaussagen nicht nur protokolliert, sondern zusätzlich auf Video aufgezeichnet werden. Denn die Möglichkeit, dass diese Aufnahmen in falsche Hände, beispielsweise jene einer gefährlichen Verbrecherbande, geraten könnten, kann nie ganz ausgeschlossen werden.

Anregung zu Art. 210 Abs. 4 StPO

Die Bestimmung, wonach das Ausschreiben von Deliktsgut im automatisierten Fahndungssystem des Bundes (RIPOL) von der Staatsanwaltschaft anzuordnen ist, hat sich als nicht praktikabel erwiesen. Es ist nicht ersichtlich, weshalb für eine Sachfahndung im Interesse des Geschädigten eine Verfügung der für Zwangsmassnahmen zuständigen Behörde nötig sein soll. Deshalb sollte die Gelegenheit zur Anpassung dieser Gesetzesbestimmung genutzt werden.

Anregung zu Art. 211 StPO

Für die Internetfahndung sollte unseres Erachtens eine ausdrückliche gesetzliche Grundlage geschaffen werden. Dies würde der Medienrealität Rechnung tragen und zur Rechtssicherheit beitragen.

Art. 221 StPO

Wir begrüssen sowohl die Beschränkung des Vortaterfordernisses auf eine Straftat als auch die redaktionelle Anpassung, wonach sich "schwer" auf Vergehen bezieht.

Art. 222 Abs. 2 StPO

Die Überführung der Rechtsprechung des Bundesgerichts in das Gesetz wird begrüsst.

Art. 228a Abs. 2 StPO

Die in Absatz 2 statuierte Frist von 3 Stunden ist unseres Erachtens zu knapp bemessen und sollte angemessen auf 12 Stunden ausgedehnt werden.

Art. 231 Abs. 2, Art. 232 und Art. 233 StPO

Wir sind der Meinung, dass die Kompetenz für den Entscheid über die Anordnung von Sicherheitshaft bei der Verfahrensleitung des Berufungsgerichtes belassen werden sollte. Eine Ausstandsproblematik orten wir diesbezüglich nicht. Die Verfahrensleitung des Berufungsgerichtes muss sich auch in anderen Konstellationen mit Fragen befassen, welche später in der Hauptverhandlung wieder zum Thema werden können (z.B. Entscheid über Beweisanträge). Das Bundesgericht hat unseres Wissens denn auch noch nie eine Ausstandsproblematik moniert. Zudem müsste die Verfahrensleitung des Berufungsgerichts bei der vorgesehenen Gesetzesänderung ohnehin der Beschwerdeinstanz Antrag stellen und somit ihre vorläufige Position und Einschätzung offenlegen. Die heutige Regelung führt zu effizienten, schnellen Entscheiden. Gerade kürzlich wurde die Flucht eines Beschuldigten verhindert, indem er aufgrund einer Meldung sofort vorgeführt und Sicherheitshaft angeordnet werden konnte. Ob diese schnelle Aktion möglich gewesen wäre, wenn zuerst noch ein Antrag bei der Beschwerdeinstanz hätte gestellt, begründet und entschieden werden müssen, ist zweifelhaft. Die Zuständigkeiten sollten deshalb wie im geltenden Recht belassen werden. Folgt man diesen Erwägungen, sind entsprechend auch Art. 364b Abs. 2 sowie Art. 440 Abs. 2 lit. c VE-StPO anzupassen.

Im Übrigen sollte der Staatsanwaltschaft die Möglichkeit, die Fortführung der Sicherheitshaft zu beantragen, immer dann zukommen, wenn sie Berufung anmeldet und das erstinstanzliche Gericht die Freilassung der beschuldigten Person anordnet. Also beispielsweise auch bei einer Verurteilung zu einer kurzen oder einer bedingten Freiheitsstrafe und nicht nur bei einem Freispruch.

Falls diesen Erwägungen nicht gefolgt würde und es bei der vorgesehenen Gesetzesänderung bleiben würde, müsste das Berufungsgericht zumindest im Urteilsfall Sicherheitshaft anordnen können. Ausserdem wäre wohl auch Art. 413 Abs. 4 StPO (Sicherheitshaft im Revisionsverfahren) anzupassen. Zudem erschiene die neue Regelung von Art. 248 Abs. 3 lit. b widersprüchlich, soll doch dort die Verfahrensleitung des Gerichts, bei dem der Fall hängig ist, über das Entsiegelungsgesuch entscheiden.

Art. 248 StPO

Wir regen an, einschränkende Siegelungsgründe zu prüfen, so dass einer rein verfahrensverzögernden Siegelung besser Einhalt geboten werden kann.

Art. 251a StPO

Die Bestimmung begrüssen wir. Allerdings sollte Art. 251a StPO so abgeändert werden, dass, analog zur erkennungsdienstlichen Erfassung nach Art. 260 Abs. 4 StPO nur dann eine staatsanwaltschaftliche Einzelverfügung erforderlich ist, wenn sich die betroffene Person der Anordnung durch die Polizei widersetzt.

Der Abs. 2 kann gestrichen werden, da die Staatsanwaltschaft grundsätzlich für die Anordnung von Zwangsmassnahmen zuständig ist und die Polizei sie entsprechend informiert, sollte eine Zwangsmassnahme erforderlich sein, weil sich die betroffene Person widersetzt.

Anregung zu Art. 255 StPO

Die rudimentären gesetzlichen Grundlagen zur erkennungsdienstlichen Erfassung sowie zur Abnahme eines Wangenschleimhautabstrichs bzw. zur Auswertung eines DNA-Profiles stellen ein gravierendes Problem dar und sie können die Aufklärungsquoten negativ beeinflussen.

Art. 255 ff. sowie Art. 260 ff. StPO beziehen sich nur auf jene Fälle, in welchen daktyloskopische oder DNA-Spuren der Tat vorhanden sind, auf welche sich der Tatverdacht bezieht (sog. Anlass-tat). Bei der Ausarbeitung der StPO war es nie die Absicht, den damaligen Status Quo (gemäss kant. StPO, DNA-Profilgesetz sowie Rechtsprechung des Bundesgerichts) zu ändern. Dementsprechend hat das Bundesgericht – zumindest anfangs – auch nach Inkrafttreten der StPO an seiner Rechtsprechung festgehalten, wonach die Erfassung eines DNA-Profiles auch zulässig ist, wenn "eine gewisse Wahrscheinlichkeit dafür besteht, dass der Betroffene in andere – auch künftige – Verbrechen oder Vergehen verwickelt sein könnte" (Urteil 1B_57/2013 vom 2.7.2013, E. 2.3 und 3.2).

In den letzten Jahren hat das Bundesgericht begonnen, die Voraussetzungen für die erkennungsdienstliche Erfassung sowie DNA-Profilerstellung für all jene Fälle einzuschränken, in welchen diese Daten nicht zur Klärung der Anlasstat nötig sind. Nunmehr genügt nicht mehr eine gewisse Wahrscheinlichkeit, dass der Betroffene in andere "Delikte von gewisser Schwere" – auch künftige – verwickelt sein könnte. Vielmehr verlangt das Bundesgericht entsprechende "erhebliche und konkrete Anhaltspunkte". Die untragbare Konsequenz dieser Rechtsprechung ist diejenige, dass ein Einbrecher (selbst wenn er keinen Wohnsitz in der Schweiz hat), der in flagranti angehalten wird, nicht mehr mit der Abnahme eines Wangenschleimhautabstrichs rechnen muss. Zur Klärung der Anlasstat ist nämlich die DNA des Täters nicht erforderlich – er wurde ja in flagranti angehalten und ist für diese Tat "überführt". Dies im Gegensatz zum Täter, welcher erst nach der Tat, beispielsweise auf Hinweis von Zeugen, angehalten wird. In diesen Fällen sind die Wangenschleimhautabstrich-Abnahme und DNA-Profil Auswertung in der Regel unproblematisch. Eine derartige Ungleichbehandlung erscheint jedoch wenig logisch, insbesondere da in aller Regel der Täterschaft in beiden Konstellationen weitere Delikte zugeordnet werden könnten.

Aus diesem Grund sollte die Gelegenheit genutzt werden Art. 255 StPO zu revidieren. Dieser ist so zu ergänzen, dass die Abnahme eines Wangenschleimhautabstrichs und die Erstellung eines DNA-Profiles auch dann möglich sind, wenn eine "gewisse Wahrscheinlichkeit besteht, dass der Betroffene in andere Delikte von gewisser Schwere verwickelt sein könnte". Die heutige Praxis wird ansonsten unweigerlich eine signifikante Abnahme der Aufklärungsquote nach sich ziehen.

Ein weiteres Anliegen ist die Neubeurteilung der Anordnungs-kompetenz bezüglich der Profilauswertung nach einer Wangenschleimhautabstrich-Abnahme. Vor Einführung der StPO lag die Anordnungs-kompetenz bei der Polizei. Unter dem Aspekt der Praxistauglichkeit sollte die Polizei die Erstellung eines DNA-Profiles wiederum selbst anordnen können. Für den Fall, dass sich die betroffene Person weigert, kann die Entscheidung durch die Staatsanwaltschaft vorbehalten bleiben.

Anregung zu Art. 267 StPO

Im Zusammenhang mit der Herausgabe beschlagnahmter Daten stellen sich immer wieder Probleme. Die Bestimmung sollte mit einer praktikablen Lösung für Daten und Datenträger ergänzt werden. Insbesondere sollten selektive Datenherausgaben, welche mit einem enormen Aufwand verbunden sind, grundsätzlich unmöglich, respektive (im Sinne einer Minimalvariante) nur auf Vollkostenrechnung des Antragstellers vorzunehmen sein.

Art. 268 StPO

Die in Absatz 1 vorgeschlagene Änderung würde dazu führen, dass eine Ersatzforderungsbeschlagnahme neu nur noch gegenüber der beschuldigten Person möglich wäre. Die Ersatzforderungsbeschlagnahme sollte jedoch weiterhin auch gegenüber Dritten möglich sein. Die Bestimmung sollte entsprechend angepasst werden.

Abzulehnen ist auch der neu vorgeschlagene Absatz 4. Der Revisionsvorschlag übersieht Art. 442 Abs. 1 StPO. In Art. 442 Abs. 1 StPO ist bereits klar enthalten, dass Verfahrenskosten, Bussen, Geldstrafen und Ersatzforderungen auf dem Wege des SchKG und damit eben grundsätzlich – zur Ausnahme gleich anschliessend – ohne staatliches Vorzugsrecht durchzusetzen sind.

Hingegen ist es heute tatsächlich so, dass der Staat bezüglich der Tilgung der Kosten des Strafverfahrens privilegiert ist. Dieses Privileg gründet jedoch nicht auf einer blossen Rechtsprechung des Bundesgerichts, sondern auf Art. 442 Abs. 4 StPO, welcher festhält, dass "die Strafbehörden Forderungen aus Verfahrenskosten mit (...) beschlagnahmten Vermögenswerten" verrechnen können. Indem mit dem neuen Art. 268 Abs. 4 StPO ein staatliches Vorzugsrecht für Verfahrenskosten verneint wird, Art. 442 Abs. 4 StPO aber unverändert belassen werden soll, entstehen gesetzgeberische Widersprüche, welche es zu vermeiden gilt.

Art. 269 Abs. 2 lit. a und Art. 286 Abs. 2 lit. a StPO

Es wird angeregt, die Kataloge mit weiteren Artikeln zu ergänzen. Aufzunehmen ist die AQ/IS-Strafnorm (bis Art. 260^{sexies} StGB in Kraft tritt). Ferner sollte der Katalog der verdeckten Ermittlung (Art. 286 Abs. 2 lit. a) in Bezug auf Art. 197 Abs. 1 StGB (Pornografie) ergänzt werden. Die Einschränkung auf die Absätze 3-5 führt zur Problematik, dass in Fällen, bei denen die Täterschaft pornografische Bildaufnahmen an Minderjährige verschickt (typisch Bildaufnahmen der Täterschaft von ihrem Geschlechtsteil), die verdeckte Ermittlung in dieser Phase noch nicht möglich ist und so die IP-Adresse und entsprechend die Identität nicht festgestellt werden können. Derartige Handlungen zeigen jedoch ein gefährliches Potential für weitere gravierende strafbare Handlungen im Bereich von sexuellen Handlungen mit Minderjährigen. In solchen Fällen sollte es den Strafverfolgungsbehörden ermöglicht werden, die Person möglichst rasch ausfindig zu machen.

Des Weiteren ist zu bemängeln, dass Art. 220 StGB (Entziehen von Minderjährigen) und Art. 143^{bis} StGB (Datenhacking) nicht darunterfallen, obschon sich hier regelmässig weiterführende und rasche Ermittlungsansätze nur dank entsprechenden Überwachungsmassnahmen ergeben. Und gerade Delikte im Bereich Datenhacking können eine Dimension schädigender Auswirkungen erreichen, welche sich der Gesetzgeber bei der Revision der "Computer-Delikte" 1994 nicht vorstellen konnte.

Anregung zu Art. 288 StPO

In der Vergangenheit hat sich wiederholt gezeigt, dass Mitarbeitende von Interventions- und Observationseinheiten, welche im Rahmen ihrer Tätigkeit in einem Gerichtsverfahren auftreten müssen, aufgrund der Offenlegung ihrer Identität Gefahr laufen, in der entsprechenden Spezialeinheit nicht mehr einsetzbar zu sein. Angesichts der oftmals gefährlichen Täterschaft – nur in solchen Fällen kommen in der Regel solche Mitarbeitende zum Einsatz – besteht zudem ein nicht zu unterschätzendes Risiko, dass sie und ihre Familienangehörigen bei Bekanntwerden der Identität Repressionen zu befürchten haben. Es ist deshalb ein grosses Bedürfnis, Mitarbeitende von Interventionseinheiten mittels Gewährung der Anonymität analog zu Art. 288 Abs. 2 StPO im Rahmen eines Gerichtsverfahrens zu schützen. Das heisst beispielsweise, dass deren Personalien ausschliesslich dem Gericht bekannt zu geben und von den Hauptakten separiert und nicht parteiöffentlich aufzubewahren und zu bearbeiten sind. Dies analog dem Beispiel anderer europäischer Länder (beispielsweise Frankreich und Belgien).

Anregung zu Art. 294 StPO

Verdeckte Ermittler im Bereich von Kinderpornografie stehen oftmals vor dem Problem, dass sie in den einschlägigen Foren nur Einlass erhalten, wenn sie kinderpornografisches Material liefern. Wer dies nicht kann, wird umgehend ausgeschlossen. Entsprechend besteht für die verdeckten Ermittler keine Möglichkeit, sich einzuschleusen, zumal sie sich nach heutigem Recht strafbar machen würden, kämen sie der entsprechenden Aufforderung nach. Zum Zwecke der Ermittlung wäre es jedoch sehr dienlich, wenn hier unter strengen Voraussetzungen Ausnahmen möglich wären (z.B. Weiterleiten von pornografischem Material, welches jedoch fiktive und nicht real existierende Personen zeigt). Es wird vorgeschlagen, Artikel 294 StPO um einen weiteren Absatz zu ergänzen und die Sachüberschrift weiter zu fassen.

Art. 301 Abs. 1^{bis} StPO

Wir begrüßen die vorgesehene Regelung, da bei den Opfern diesbezüglich ein grosses Bedürfnis besteht.

Art. 352 StPO

Das Strafbefehlsverfahren funktioniert in der Praxis sehr gut und ist unverändert zu belassen. Die Gründe, mit welchen die vorgeschlagene Änderung begründet werden, sind u.E. nicht stichhaltig.

Art. 352a StPO

Ob im Strafbefehlsverfahren Einvernahmen nötig sind, die von der Staatsanwaltschaft selber gemacht werden müssen – polizeiliche Befragungen liegen in Fällen in welchen Freiheitsstrafen ausgesprochen werden praktisch immer vor –, hängt von der Konstellation des Einzelfalles ab. Es besteht kein Zweifel, dass in einigen Fällen weitere Einvernahmen erforderlich sind, jedoch bietet das Strafmass hierfür kein taugliches Kriterium. Die vorgeschlagene Lösung führt zu einer unnötigen Verlängerung des Verfahrens in denjenigen Fällen, in denen ein Beweisverfahren gerade nicht notwendig gewesen wäre. Dies unter anderem auch deshalb, weil bei einer Einvernahme zwingend ein Verfahren zu eröffnen und Art. 309 Abs. 4 StPO nicht mehr anwendbar ist. Wir schlagen daher vor, die Einvernahmeverpflichtung ganz zu streichen. Dies namentlich im Interesse der zu verurteilenden Personen, welche für den unnötigen Mehraufwand kostenpflichtig würden.

Art. 353 Abs. 2 StPO

Die vorgesehene Regelung, dass unter gewissen Voraussetzungen Zivilansprüche im Strafbefehlsverfahren beurteilt werden können, wird begrüsst. Die Möglichkeit der Beurteilung von Zivilansprüchen im Strafbefehlsverfahren liegt im Interesse der Geschädigten und dient der Effizienz der Justiz.

Art. 354 StPO

Aus unserer Sicht macht es keinen Sinn, zwei unterschiedliche Einsprachefristen zu statuieren. Zwei unterschiedliche Fristen für das gleiche "Rechtsmittel" wären ein gesetzgeberisches Novum und ein Unding. Es müsste in jedem Fall aufwändig abgeklärt werden, ob der Strafbefehl tatsächlich von der Staatsanwaltschaft persönlich ausgehändigt worden ist. Auch garantiert die persönliche Aushändigung durch die Staatsanwaltschaft nicht die Aufklärung über die Rechtsfolgen. Auch dies müsste im Zweifelsfall aufwändig abgeklärt werden.

Eine längere Einsprachefrist von 20 Tagen lehnen wir ebenfalls ab. Insbesondere im Umgang mit ausländischen Straftätern ohne Aufenthaltstitel (Kriminaltouristen) ist eine möglichst rasche Rechtskraft wichtig, damit diese umgehend ausgeschafft werden können.

Art. 355 Abs. 2 und Art. 356 Abs. 4 StPO

Wer nicht zur Einvernahme erscheint, bekundet sein Desinteresse an der weiteren Fortführung des Verfahrens und soll die entsprechenden Rechtsfolgen gewärtigen. Die vorgesehene Änderung führt zu einer Ausweitung des Verfahrens sowie Mehrkosten und ist deshalb abzulehnen. Der Schutz der Beschuldigten kann in genügender Weise durch entsprechende Hinweise auf der Vorladung sowie durch Wiederherstellung der Frist in berechtigten Fällen (Art. 94 StPO) erreicht werden.

Art. 364 Abs. 5 StPO

Für den Entscheid in einem Nachverfahren kann auch die Staatsanwaltschaft zuständig sein. In diesen Fällen kann sich das Verfahren nicht nach den Bestimmungen über das erstinstanzliche Hauptverfahren richten. Die Gesetzesbestimmung ist entsprechend anzupassen.

Art. 364a StPO

Die vorgesehene Kompetenzerweiterung im Bereich der Sicherheitshaft bei nachträglichen Verfahren wird begrüsst. Der tragische Fall von Lucie Trezzini hat gezeigt, dass ein Erfordernis nach einer Regelung besteht, um der Gefahr für die Öffentlichkeit, die von einer verurteilten Person ausgehen kann, möglichst rasch begegnen zu können.

Art. 364b Abs. 2 StPO

Wir verweisen auf unsere Ausführungen zu *Art. 231 Abs. 2, Art. 232 und Art. 233 StPO*.

Art. 365 Abs. 3 StPO

Das vorgeschlagene Rechtsmittel der Berufung gegen selbständige nachträgliche Entscheide betrachten wir als sinnvoll und entspricht der früheren Praxis im Kanton Solothurn.

Art. 440 Abs. 2 lit. c StPO

Wir verweisen auf unsere Ausführungen zu *Art. 231 Abs. 2, Art. 232 und Art. 233 StPO*.

Art. 3 Abs. 2 Jugendstrafgesetz

Die bisherige Regelung für Übergangstäter führte in der Praxis immer wieder zu Unklarheiten und zu ungleicher Behandlung von beschuldigten Gleichaltrigen. Die neu vorgesehene Regelung, wonach Straftaten von Übergangstätern in zwei voneinander getrennten Verfahren beurteilt und sanktioniert werden sollen, ist deshalb zu begrüessen. Die Zuständigkeit zur Verfahrensführung soll sich nicht mehr – wie heute – aus dem Zufall eines noch nicht rechtskräftig abgeschlossenen Jugendstrafverfahrens ergeben, sondern allein aus dem Alter der beschuldigten Person.

Art. 36 Abs. 1^{bis} und 2 Jugendstrafgesetz

Wir begrüessen die Schliessung der bestehenden Lücke hinsichtlich der Verfolgungsverjährung. Dies umso mehr, weil die Verjährung der Strafverfolgung im Jugendstrafverfahren ohnehin relativ rasch eintritt.

Art. 10 Abs. 3 JStPO (Neuformulierung)

Die Praxis zur aktuellen JStPO hat gezeigt, dass sich betreffend die Vornahme von Ermittlungshandlungen am Tatort Unklarheiten und (negative) Kompetenzkonflikte ergeben. Es ist deshalb zu begrüessen, dass der Bund eine klare Regelung finden will. Allerdings ist der vorgeschlagene Art. 10 Abs. 3 JStPO für die Lösung der Problematik nicht wirklich hilfreich. Spätestens im Fall eines schweren Delikts, welches auf Seiten der Strafverfolgungsbehörden zu umfangreichen

Ermittlungshandlungen führt, genügt die vorgeschlagene Formulierung nicht. Was "dringend notwendig" und was nur "notwendig" ist – darüber lässt sich streiten. Nicht nur zwischen den involvierten Behörden, sondern auch zwischen diesen und dem Verteidiger des beschuldigten Jugendlichen bestehen unterschiedliche Auffassungen von "Dringlichkeit" und somit Zuständigkeit. Vorrangiges Ziel der Strafverfolgung muss in einer ersten Phase die Verfolgung / Untersuchung einer strafbaren Handlung sein. Die Behörde am Ort der Tat verfügt über die besten Voraussetzungen zur Durchführung der Ermittlungen. Diese sollen nicht durch Fragen zur Zuständigkeit (Beschwerdeverfahren) behindert werden, sondern zügig durchgeführt werden können. Wie im Verfahren gegen Erwachsene, sollen Straftaten dort untersucht werden, wo sie sich ereignet haben und nicht dort, wo die mutmassliche Täterschaft ihren Aufenthaltsort hat. Die Zuständigkeit hinsichtlich der Abklärung der persönlichen Situation und der Beurteilung bei der Behörde am Ort des gewöhnlichen Aufenthaltes des beschuldigten Jugendlichen bleibt davon unangetastet. Währenddem die Behörde am Ort des gewöhnlichen Aufenthaltes über die besten Voraussetzungen zur Einschätzung der persönlichen Situation des Jugendlichen verfügt, verfügt die Behörde am Tatort über die besten Voraussetzungen zur Ermittlung der Straftat. Es wird deshalb der folgende Gesetzestext vorgeschlagen: "Die Behörde am Tatort ist zuständig für die Ermittlungen zur Tat".

Art. 10 Abs. 3 JStPO (Streichung)

Die Regelung ist grundsätzlich zu begrüßen. In der Umsetzung ergibt sich aber hinsichtlich der Übertretungen gegen die kantonale Gesetzgebung ein Problem. Deren Verfolgung und Beurteilung kann nicht unbedingt in die Zuständigkeit eines anderen Kantons fallen. Ebenfalls kaum praktikabel ist die vorgeschlagene Regelung im Bereich des Ordnungsbussenverfahrens. Für diese beiden Bereiche sollte deshalb die Behörde am Tatort zuständig sein.

Art. 32 Abs. 5 JStPO

Die vorgeschlagene Änderung bedingt eine Präzisierung in Art. 20 Abs. 2 JStPO. Es wird der folgende Gesetzestext vorgeschlagen: "Sie kann an der Hauptverhandlung teilnehmen, soweit ihre Anträge behandelt werden".

Gerne hoffen wir auf eine Berücksichtigung unserer Anliegen im weiteren Gesetzgebungsverfahren.

Mit freundlichen Grüßen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Roland Heim
Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatsschreiber